



Rechtsausschuss

92. Sitzung (öffentlich)

30. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:07 Uhr bis 14:58 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 9 |
| 1 Verfassungsgerichtliches Verfahren über Verfassungsbeschwerden verschiedener Bürger | 10 |
| 1. unmittelbar gegen Beschlüsse in Verfahren vor Gerichten der Länder Bayern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen | |
| 2. mittelbar gegen bestimmte Normen der Strafvollzugsgesetze der Länder Bayern, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen | |
| – 2 BvR 166/16 – | |
| – 2 BvR 914/17 – | |
| – 2 BvR 1683/17 – | |
| Vertrauliche Vorlage 17/210 | |
| – Wortbeiträge | |
| Einstimmig beschließt der Ausschuss, keine Stellungnahme abzugeben. | |

2 Gesetz zur Novellierung der nordrhein-westfälischen Landesjustizvollzugsgesetze 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15234

Ausschussprotokoll 17/1700

Stellungnahme 17/4669
Stellungnahme 17/4673
Stellungnahme 17/4694
Stellungnahme 17/4697
Stellungnahme 17/4714

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16861

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/16857

Auswertung der Anhörung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der SPD ab.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie bei Enthaltung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von CDU und FDP zu.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

3 Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16383

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16918

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von
CDU und FDP zu.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetz-
entwurf der Landesregierung zu.

**4 Gesetz zur Umsetzung des Rechtssatzvorbehalts bei dienstlichen
Beurteilungen in der Justiz 16**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16487

Stellungnahme 17/4963
Stellungnahme 17/4964
Stellungnahme 17/4965
Stellungnahme 17/4966
Stellungnahme 17/4967
Stellungnahme 17/4968

Auswertung der schriftlichen Anhörung und Abstimmung gemäß Verein-
barung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die
Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt
der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

5 Bericht der Vollzugskommission über den Berichtszeitraum 2021 21

Bericht
des Vorsitzenden der Vollzugskommission im Rechtsausschuss
Vorlage 17/6473

– Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission

6 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Fortführung der elis-Lernplattform im Strafvollzug im Jahr 2022 22

Drucksache 17/16876

Vorlage 17/6628

– Wortbeiträge

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwendungen gegen die Verwaltungsvereinbarung erhoben werden.

7 Haushalts-Ist zum Einzelplan 04 zum 31.12.2021 (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 23

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/6426

In Verbindung mit:

Nachfragen zum Haushalts-Ist 2021 (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/6647

– Wortbeiträge

8 Gewalt-Exzess in der Bonner Altstadt (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]) 25

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/6648

Vertraulicher Vorlage 17/211

– Wortbeiträge

9 Schüsse bei Hochzeitskorso in Dortmund (Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]) 27

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 17/6649

– keine Wortbeiträge

- 10 „Staatsanwälte vor Ort“ in Duisburg** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]*) **28**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6650
- keine Wortbeiträge
- 11 Anweisung des Justizministeriums an die Staatsanwaltschaft Duisburg** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]*) **29**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6652
- Wortbeiträge
- 12 Einschüchterung von Zeugen durch Clans** (*Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 3]*) **33**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6653
- keine Wortbeiträge
- 13 Rechtsextremismus-Verdachtsfälle im Geschäftsbereich des Justizministeriums** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN [s. Anlage 4]*) **34**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6654
- Wortbeiträge
- 14 Corona in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6655
- keine Wortbeiträge

- 15 Altersteilzeit in der Justiz** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6656
- Wortbeiträge
- 16 Auswirkungen in der JAG Reform** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **37**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6657
- keine Wortbeiträge
- 17 Sachstand „Ereignisgesteuerte Videoüberwachung mit automatisierter Situationseinschätzung als Instrument der Suizidverhinderung in Justizvollzugsanstalten“** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **38**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6658
- Wortbeiträge
- 18 Straftaten im Zusammenhang mit Corona-Testungen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6659
Vertrauliche Vorlage 17/212
- keine Wortbeiträge

- 19 Verurteilungen und laufende Verfahren Antisemitismus** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6660
- Wortbeiträge
- 20 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit 24-Stunden-Aktionstag** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6661
- Wortbeiträge
- 21 Sicherungsmaßnahmen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zwischen 2017 und 2022** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6662
- keine Wortbeiträge
- 22 Möglicher Korruptionsfall bei der Dortmunder Entsorgung GmbH** (*Bericht beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP [s. Anlage 5]*) **52**
- mündlicher Bericht durch MDgt Dr. Christian Burr (JM)
- 23 Verschiedenes** **54**
- a) **Tagesordnungspunkt 14** **54**
- b) **Tagesordnungspunkt 21** **54**

3 Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16383

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16918

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/16383 an den
Rechtsausschuss am 16. Februar 2022)*

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil teilt mit, heute fänden die erste und abschließende Beratung sowie die Abstimmung statt.

Angela Erwin (CDU) legt dar, Opferschutz sei sowohl für die Landesregierung als auch für die NRW-Koalition in den letzten fünf Jahren ein zentrales Thema ihrer Politik gewesen. Man habe dies in den Mittelpunkt der politischen Anstrengungen gestellt und hier sehr viel erreicht. Der vorliegende Gesetzentwurf leiste dazu einen weiteren wesentlichen Beitrag.

Mit dem Gesetz werde die Unabhängigkeit der Opferschutzbeauftragten in inhaltlicher und institutioneller Art und Weise erreicht.

Darüber hinaus wolle man die Beauftragte für den Opferschutz in Nordrhein-Westfalen in das in der Entwicklung begriffene bundesweite System von Opferzentralstellen für Terroranschläge und Großeinsatzlagen dauerhaft als feste Ansprechstelle integrieren.

Des Weiteren wolle man der Opferschutzbeauftragten ermöglichen, in den sogenannten Großeinsatzlagen proaktiv auf die Verletzten, Angehörigen, Hinterbliebenen und weiteren Betroffenen zuzugehen.

Mit dem Gesetz würden die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen.

Die Koalitionsfraktionen hätten zu dem Gesetzentwurf einen Änderungsantrag eingebracht. Dort gehe es im Wesentlichen darum, den Aufgabenkreis der oder des Beauftragten für den Opferschutz zu erweitern, nämlich um die Aufgabe der Unterstützung der Opfer bei der Wahrnehmung ihrer Ansprüche. Darüber hinaus würden hier die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen geschaffen.

Sie werbe um Unterstützung zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und zum Gesetzentwurf der Landesregierung.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem Änderungsantrag von CDU und FDP zu.

Einstimmig stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzesentwurf der Landesregierung zu.